

zahlt euch 60% in West.“ Ich: „Ich bin 1. nicht beim Senat, sondern bei der Bahn, 2. zahlt mir die Bahn nicht mal 60 %>, denn wenn ich 600 M bekomme, müßte ich 360 M West von der Bahn bekommen und 3. hat sich die Bahn 1949 beim Streik bereit erklärt uns 60 %/o West zu geben und nach Prüfung der Finanzlage eventuell auch mehr, vorerst aber nicht mehr wie „300 DM“. Rhode konnte darauf nichts Sachliches antworten, sondern höhnte nun: „Wo ist denn der Senat nun, wo bleiben denn nun Brand, Adenauer und Lemmer, ich denke die wollten die Reichsbahn in Westberlin übernehmen oder der Bundesbahn übergeben. Ich: „Davon habe ich noch nichts gelesen oder gehört!“ Er: „Ja, ihre Sabotagetrupps schicken sie los und die S Bahn wollen sie boykottieren, aber so klein sind sie, die Herren werden sich schon noch wundern, wir haben den größeren Hebelarm.“ Ich sagte darauf: „Paß mal auf, daß Dir der Hebel nicht abbricht, dann liegst Du plötzlich auf der Naase.“ Rhode: „Unser Hebel bricht schon nicht, der ist fest.“ Ich: „Hitler hat auch eine große Schnauze gehabt, und nachher war alles Schwindel.“ „Willst Du etwa unsere Politik mit der Hitlers vergleichen?“ „Nein“ sagte ich, die Politik selbst nicht, aber die Methoden.“ „Wieso?“ „Nun“ sagte ich, ich habe gestern Radio DDR gehört, und der Ton der da herauskam, war ziemlich rüde, der und der Stacheldraht an der Grenze, erinnerte mich an die Nazizeit.“

Ich verließ darauf die Lokleitung und brachte meine Lok in den Schuppen und ging, da ich ja Feierabend hatte, nach Hause. Bis zum 9. 10. hörte ich nichts mehr in dieser Angelegenheit.

Ich möchte noch hinzufügen daß ich mich immer bemühte meinen Dienst in fachlicher Hinsicht so auszuführen, wie es sich für einen Lokführer gehört. Politische Gespräche und Äußerungen vermied ich nach Möglichkeit. Nur anlässlich von zwei Attestierungsgesprächen, denn nach dem ersten Gespräch wurde ich nicht attestiert und das Attestierungsgespräch wurde nach einem Jahr nochmal geführt, kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen mir und den Gesprächspartnern, d. h. dem Vorsteher des Bw., dem B GL Vorsitzenden und dem Parteisekretär der SED. Daß ich nicht gleich beim ersten Gespräch attestiert wurde, schmerzte mich auch nicht weiter, denn was die Attestierung wert ist, wurde mir am 18. 10. bewiesen.

gez. Unterschrift

(Fehler im Original)

### Keine freie Wahl der Beschäftigung

*Innerhalb der totalen Wirtschaftsplanung wird auch der Einsatz der Arbeitskräfte geplant. Die Verwaltungsorgane des kommunistischen Regimes bestimmen grundsätzlich, wo der einzelne zu arbeiten hat. Zu diesem Zwecke sind den Ämtern für Arbeit und Berufsberatung bei den Räten der Bezirke, Kreise und kreisfreien Städte (bis zum 28. 8. 1961 Abteilungen für Arbeit genannt) umfangreiche Befugnisse übertragen.*

### DOKUMENT 388

#### Verordnung zur Verbesserung der Arbeitskräftelenkung und Berufsberatung

Vom 24. 8. 1961

(GBl. II S. 345)

#### § 9

Zur planmäßigen Versorgung volkswirtschaftlicher Schwerpunkte mit Arbeitskräften haben die Ämter das

Recht, Einstellungsbeschränkungen auszusprechen sowie Auflagen zur Werbung und Freistellung von Arbeitskräften an solche Betriebe zu erteilen, in denen

- a) nachweislich Arbeitskräftereserven festgestellt werden,
- b) die staatliche Aufgabe überschritten wurde.

In Ausnahmefällen können die Ämter zur Sicherung volkswirtschaftlicher Schwerpunkte im Einvernehmen mit dem zuständigen Mitglied des Ministerrates bzw. dem von ihm benannten Vertreter die Werbung und Freistellung von Arbeitskräften fordern, auch wenn die unter Abs. 1 Buchstaben a und b genannten Voraussetzungen nicht zutreffen.

Sie haben das Recht, auf die Auswahl der zuwerbenden und freizustellenden Arbeitskräfte Einfluß zu nehmen.

Die unter Absätzen 1 bis 3 genannten Maßnahmen sind mit den beteiligten Betrieben und deren übergeordneten Organen zu beraten.

*Damit können diese Ämter einem Betrieb die Auflage erteilen, bestimmte Arbeitnehmer, die von ihm angeblich nicht benötigt werden, zu entlassen. Die Ämter bieten den Entlassenen darauf eine Arbeit in einem Betrieb an, der zum volkswirtschaftlichen Schwerpunkt erklärt ist. Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als diese Arbeit anzunehmen. Denn eine Arbeitslosenunterstützung erhält der nicht, der eine angebotene Arbeit ablehnt.*

### DOKUMENT 389

#### Verordnung über die Pflichtversicherung gegen Arbeitslosigkeit in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 28. 1. 1947

Arbeit und Sozialfürsorge 1947, S. 103

#### §9

Die Arbeitslosenunterstützung wird nicht gezahlt, a) wenn der Versicherte die Arbeit ablehnt, die ihm von der Abteilung für Arbeit zugewiesen wurde...

*Sie können auch keine andere Arbeit annehmen, denn die Ämter für Arbeit und Berufsberatung haben es in der Hand, die Entlassenen in die Betriebe zu dirigieren, die von ihnen mit Arbeitskräften versorgt werden sollen.*

### DOKUMENT 390

#### Verordnung zur Verbesserung der Arbeitskräftelenkung und Berufsberatung

Vom 24. 8. 1961

(GBl. II S. 345)

#### §11

Zur Sicherung der planmäßigen Versorgung der Betriebe mit Arbeitskräften haben die Ämter das Recht, die Betriebe zu beauftragen, freie Arbeitsplätze zu melden.

Die Ämter haben das Recht, die Besetzung der gemeldeten freien Arbeitsplätze von ihrer Zustimmung abhängig zu machen.

Die Betriebe sind verpflichtet, die Besetzung der gemeldeten freien Arbeitsplätze mit Arbeitskräften unverzüglich den Ämtern bekanntzugeben.